

Antrag	Datum: 20.03.2018	
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE., CDU Flexibilisierung der Straßenbaubeitragsatzung		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
27.03.2018	Bau- und Planungsausschuss	Vorberatung
29.03.2018	Finanzausschuss	Vorberatung
05.04.2018	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	
	Vorberatung	
11.04.2018	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft zu ihrer Sitzung im Oktober 2018 den Entwurf einer geänderten Straßenbaubeitragsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zur Beschlussfassung vorzulegen.
Ziel der Überarbeitung soll eine Flexibilisierung der Festlegung der Beiträge sowie die Ausnutzung von Spielräumen sein, um insbesondere Härtefälle und Ungerechtigkeiten zu vermeiden.

Sachverhalt:

Derzeit gibt es bei der Erhebung von Straßenbaubeiträgen Ungerechtigkeiten. Das Land schreibt die Erhebung von Straßenbaubeiträgen vor. Die Höhe sowie Parameter der Festsetzung legt die Kommune selbst fest. Hier soll der Spielraum für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock erweitert werden.

.....
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

.....
Fraktion der SPD

.....
Fraktion DIE LINKE.

.....
CDU-Fraktion

